Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Freitag, 17. August 2012
Ausgabe 156
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **3**
› OB-Grußwort zum Ende des Ramadan 3
› Öffentliche Stadtrats-Sitzung der kommenden Woche 4
Baustellen aktuell **5**
Antworten auf Stadtratsanfragen **6**
› Auswirkungen der Finanzierung der WALK21 über Entnahme der Kosten aus Radverkehrspauschale auf die Stadt 6
› Tram – Zoff ohne Ende? 8

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **13**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Mittwoch, 22. August, 11 Uhr, Löwenbräukeller, Nymphenburgerstraße 2
Bei einem gemeinsamen Pressegespräch informieren Bürgermeister Hep Monatzeder, die Wiesnwirte Toni Roiderer und Christian Schottenhamel sowie die Unternehmen CERTIFIED COOLNESS Limited, FutureCamp GmbH und Zuckersucht GmbH über die Aktion „Wiesn-Klimafreunde & Öko-Wiesn", die im Rahmen des Bündnisses „München für Klimaschutz" entwickelt wurde. Das Pressegespräch soll auf die klima- und umweltfreundliche Wiesn in diesem Jahr aufmerksam machen und aufzeigen, wie auf der Wiesn CO_2 eingespart werden wird. Hingewiesen wird auch darauf, wie sich die Besucherinnen und Besucher des Oktoberfestes beteiligen können. Veranstalter ist CERTIFIED COOLNESS Limited.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Mittwoch, 22. August, 11 Uhr, Gravelottestraße 8
Stadtrat Marian Offman (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Maria Ziegler im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Donnerstag, 23. August, 11 Uhr, Kulturreferat, Burgstraße 4, Innenhof anschließend, 11.20 Uhr: Öffentliche Generalprobe am Marienplatz
Über das Kunstprojekt „Reconstructing Future" in der Münchner Innenstadt informiert das Kulturreferat in Anwesenheit des Künstlerduos Dellbrügge & de Moll, der Designerin Anna Sophie Howoldt, der Dramaturgin Sara Hilliger sowie aller 40 weiteren Projektbeteiligten. „Reconstructing Future" beschäftigt sich mit den Olympischen Spiele 1972. 40 Protagonisten werden in zeitgenössischen Interpretationen der Kostüme von André Courrèges in München unterwegs sein. Ihre Outfits und ihr Verhalten beziehen sich auf das visuelle Gesamtkonzept für die Spiele und den veränderten Umgang mit dem öffentlichen Raum. Die „heiteren Spiele" sollten ein neues Deutschlandbild prägen – mit dem Anschlag auf die israelischen Sportler endete die gelöste Atmosphäre allerdings jäh. Dellbrügge & de Moll wollen den kurzen historischen Moment zu Beginn der Spiele wiederbeleben, der ein Fenster in eine mögliche neue Zukunft öffnete. „Reconstructing Future", ein Kunstprojekt im öffentlichen Raum des Kulturreferats, beginnt am Sonntag, 26. August um 15 Uhr am Marienplatz und dauert bis 11. September (Pause am 5. September). Der Termin ist auch für Fotgrafen geeignet.
Im Anschluss an das Pressegespräch findet um 11.20 Uhr eine öffentliche

Generalprobe mit allen 40 Protagonisten von „Reconstructing Future“ statt. Dieser Termin eignet sich für die Bildberichterstattung.
Um Anmeldung zum Pressegespräch und zur Generalprobe unter presse.kulturreferat@muenchen.de bis 22. August wird gebeten.

Meldungen

OB-Grußwort zum Ende des Ramadan
(17.8.2012) Zum Ende des diesjährigen Ramadan übersendet Oberbürgermeister Christian Ude die besten Wünsche an die muslimische Gemeinde in München:
„Die Landeshauptstadt München sendet Ihnen, Ihren Familien und Freunden zum Ende des diesjährigen Ramadan die besten Glückwünsche.
Im letztjährigen Grußwort habe ich an dieser Stelle mein Entsetzen über die rassistischen und antimuslimisch geprägten Attentate in Oslo zum Ausdruck gebracht. Ich hätte nicht gedacht, dass wir ein Jahr später erneut fassungslos vor einer Attentatserie stehen, die hier in Deutschland, davon zwei Mal in der Landeshauptstadt München, insgesamt zehn Menschen das Leben gekostet hat. Die Morde der rechtsradikalen NSU haben unser Land verändert und deutlich gezeigt, dass wir alle gemeinsam wachsam sein und rechtsradikalen und islamfeindlichen Tendenzen noch entschiedener entgegentreten müssen. Die Landeshauptstadt München hat mit dem Bündnis für Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat ein starkes Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gesetzt. Die Zusammensetzung des Bündnisses und seines Unterstützerkreises spiegeln die kulturelle und religiöse Vielfalt unserer Stadt wider. Im Mai 2012 hat das Bündnis den „Münchner Appell gegen Rechtspopulismus und für ein demokratisches Miteinander“ veröffentlicht. Mit den vier Handlungsansätzen. „Verantwortung zeigen“, „Keine Instrumentalisierung von Glaubensfragen“, „Interkulturelle Konflikte und ‘Angst-Themen’ offensiv diskutieren“ sowie „Rechtspopulistischen Einschüchterungsversuchen entschlossen und gemeinsam entgegentreten“ wird hier ein Zeichen des Miteinanders, der Solidarität und des gemeinsamen Eintretens gegen rechte und rechtspopulistische Gruppierungen gesetzt. Unter fgr@muenchen.de können Sie und Ihr Verein diesem Appell beitreten oder nähere Informationen dazu bekommen.
Die Landeshauptstadt München setzt sich auch nach wie vor entschieden dafür ein, dass in unserer Stadt das ZIE-M, das Zentrum für Islam in Europa, gebaut werden kann. Wenn die Finanzierung gesichert ist, wird die

Stadt das Vorhaben im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.
Der Verein MünchenKompetenz e.V., der von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des gleichnamigen Seminars gegründet wurde, arbeitet nun im zweiten Jahr und hat sein bayerisches Netzwerk weiter ausgebaut. MünchenKompetenz e.V. arbeitet mit den Kommunen und den muslimischen Gemeinden in Ingolstadt, Deggendorf, Würzburg, Landshut und Regensburg eng zusammen.
Ich wünsche Ihnen, dass Sie in diesem Ramadan viel Zeit für Ihre Familien hatten und auch immer wieder die Gelegenheit fanden, gemeinsam mit Nachbarinnen und Nachbarn ins Gespräch zu kommen. Ich weiß, dass es in der Zeit des Ramadan zu vielen Begegnungen zwischen christlichen und muslimischen Gemeindemitgliedern, zwischen den Geistlichen beider Religionen, zwischen Eltern und Lehrerinnen und Lehrern und zwischen Behörden und muslimischen Vereinen kommt. Dies ist ein guter Brauch und ich hoffe, dass sich diese Zeit des Dialogs weit über die Zeit des Ramadan hinaus aufrechterhalten lässt. Wir brauchen ein stetiges und beständiges Miteinander, das von gegenseitiger Akzeptanz geprägt ist. Gemeinsam wird es uns gelingen, rechtspopulistischen und islamfeindlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die Landeshauptstadt München ist und bleibt eine weltoffene Stadt.
In diesem Sinne noch einmal die besten Wünsche zum Ende des Ramadan."

Öffentliche Stadtrats-Sitzung der kommenden Woche
Mittwoch, 22. August

9.00 Uhr Verwaltungs- und Personalausschuss als Feriensenat – Großer Sitzungssaal

Landeshauptstadt
München
Baureferat

Baustellen aktuell

Freitag, 17. August 2012

Dachauer Straße / Lothstraße (Neuhausen)
Die Stadtwerke erneuern eine Wasserleitung. Diese Baumaßnahme erfolgt im Vorfeld des Neubaues einer Trambahnwendeschleife und ist darauf abgestimmt.
Von 21. August bis Mitte Oktober 2012
ist in der Dachauer Straße nach der Kreuzung mit der Lothstraße nur eine von zwei Fahrspuren in Richtung stadtauswärts frei. Die Parkplätze am Fahrbahnrand entfallen.

Landsberger Straße / Offenbachstraße (Pasing)
Die Stadtwerke verlegen Stromkabel um. Diese Baumaßnahme erfolgt im Vorfeld des Umbaues der Landsberger Straße im kommenden Jahr und ist darauf abgestimmt.
Von 20. August bis Ende September 2012
bleibt in der Landsberger Straße östlich der Kreuzung mit der Offenbachstraße pro Richtung nur je eine von zwei Fahrspuren frei.
Bis 12. September 2012
bleiben in der Offenbachstraße vor der Kreuzung mit der Landsberger Straße nur die Linksabbiegespur und eine gemeinsame Geradeaus-/Rechtsabbiegespur frei.
Die Querungen der Fahrbahnen im Kreuzungsbereich erfolgen nur in den verkehrsärmeren Nachtstunden von 20.00 Uhr bis 6.00 Uhr.
Die Bushaltestelle auf der Ostseite der Offenbachstraße wird in Richtung Bahnunterführung verlegt.

Limesstraße (Neuaubing)
Die Stadtwerke lassen im Rahmen der Gewährleistung Reparaturarbeiten an der, im Jahr 2010 verlegten Fernwärmeleitung durchführen. Dafür sind an drei Stellen Punktaufgrabungen erforderlich.
Von 20. August bis Ende September 2012
wird der Verkehr an den Baufeldern seitlich verschwenkt vorbeigeführt oder im Wechselverkehr geregelt.

Informationen zu laufenden Baumaßnahmen mit Verkehrseinschränkungen finden Sie im Internet unter
http://www.muenchen.de/baustellen

Herausgeberin: Landeshauptstadt München, Baureferat TZ / K, Baustellenkoordinierung
Telefon: (089) 2 33-6 00 50, Telefax: (089) 2 33-6 00 55, E-Mail: baustellen.bau@muenchen.de

Antworten auf Stadtratsanfragen

Freitag, 17. August 2012

Auswirkungen der Finanzierung der WALK21 über Entnahme der Kosten aus Radverkehrspauschale auf die Stadt
Antrag Stadträtin Elisabeth Schmucker (CSU) vom 1.6.2012

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

Zu Ihrem Antrag vom 01.06.2012 teile ich Ihnen Folgendes mit:

Sie bitten um eine Darstellung, wie sich die Kürzung der Radverkehrspauschale in Höhe von 728.000 Euro zur Finanzierung der Konferenz WALK21 auf die Radwege-Infrastruktur auswirkt.

Die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 728.000 Euro für die Ausrichtung der WALK21 entsprechen, den Zeitraum 2012 - 2014 betrachtet, in etwa 5,6% der jährlich mit 4,3 Mio. Euro dotierten Nahmobilitätspauschale (ehem. Radverkehrspauschale).

Die entsprechenden Mittel sind als Ansatz in der aktuellen Planung des Baureferates bereits entsprechend berücksichtigt und somit wird es durch die Bereitstellung der Finanzmittel zu keinerlei negativen Auswirkungen auf die städtische Radverkehrsinfrastruktur oder gar zur Verhinderung wichtiger Maßnahmen für den Radverkehr kommen.

Alle bisher für die kommenden Jahre vorgesehenen Radverkehrsinfrastrukturmaßnahmen, sowohl größere, wie z.B. Kapuzinerstraße, Schleißheimer Straße, Fuß- und Radweg Nymphenburg Süd als auch kleinere, wie z.B. Rotkreuzplatz, Radfahrstreifen in der Karl-Theodor-Straße, Potsdamer Straße und Dietlindenstraße, sowie das Fahrradstellplatzkonzept können wie geplant umgesetzt werden.
Auch die nicht unmittelbar der Radverkehrsinfrastruktur zu Gute kommenden radverkehrsfördernden Maßnahmen, wie z.B. Marketing-Kampagne, Radlstadtplan, Radl-Night, Messeauftritte, etc., können plangemäß finanziert werden.

Des Weiteren ist der Substanzerhalt (Sanierung und Ausbesserungen) der städtischen Radverkehrsinfrastrukur von der Thematik ausgenommen, da

dieser i.d.R. aus Unterhaltsmitteln des Baureferates und nicht aus der Nahmobiltätspauschale finanziert wird.

Ich bitte, von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit abgeschlossen ist.

Tram – Zoff ohne Ende?
Anfrage Stadträte Dr. Georg Kronawitter und Richard Quaas (CSU) vom 20.6.2012

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 20.06.2012 hinterfragen Sie die Probleme beim Fahrbetriebseinsatz der Variotram.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die überwiegend in den operativen Geschäftsbereich der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) fallen. Ihre Fragen können hiernach wie folgt beantwortet werden:

Vorbemerkung der MVG:
Erfreulicherweise kann die MVG seit Jahren kontinuierlich wachsende Fahrgastzahlen in allen Sparten – U-Bahn, Tram und Bus – verzeichnen. Die SWM/MVG beobachtet die Nachfrageentwicklung und nutzt alle Möglichkeiten, um künftige Entwicklungen frühzeitig erkennen und geeignete Maßnahmen ableiten zu können. Deshalb hat z.B. auch bereits im Jahr 2006 eine wettbewerbliche Ausschreibung und Vergabe des bis 2013 erkennbaren Tramfahrzeugbedarfs stattgefunden. Auch aus heutiger Sicht entsprach und entspricht die Beschaffungsstrategie dem Bedarf.

Zum Zeitpunkt der Kaufentscheidung für die Variobahn der Fa. Stadler als Gewinnerin der europaweiten Ausschreibung nach Vergaberecht gab es jahrzehntelange Erfahrungen mit Ablauf und Dauer bisheriger Zulassungsprozesse. Zudem wurden mit den Beteiligten klare Absprachen über die konkrete Vorgehensweise getroffen. Damals war für keinen Fachmann absehbar, dass sich diese grundlegend ändern würde. Auf die zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen reagierten die SWM/MVG in geeigneter Weise, u.a. durch Beauftragung zahlreicher geforderter Ergänzungsgutachten, leider mit der Folge eines erheblich höheren Zeitbedarfs.

Die derzeitig unzureichende Einsetzbarkeit der Variobahnen geht jedoch nicht auf die geänderte Zulassungspraxis zurück, sondern auf einen zwischenzeitlich aufgetretenen Serienschaden an den Gummikörpern in den gummiringgefederten Rädern der Variobahnen, nicht nur in München.

Frage 1:
Wie viele Trambahnen werden aktuell und im Zuge der Angebotsoffensive insgesamt, inkl. Reservezüge, benötigt?

Antwort der MVG:
Für das Angebot gemäß Leistungsprogramm 2012 werden 87, für das Leistungsprogramm 2013 werden 89 Züge benötigt. Die geplanten Leistungsausweitungen stehen unter dem Vorbehalt der Fahrzeugverfügbarkeit. Für die Folgejahre ist im Rahmen der Angebotsoffensive und im Zusammenhang mit geplanten Netzausweitungen zusätzlicher Bedarf erkennbar.

Frage 2:
Wie stellt die MVG die nötigen Züge sicher bzw. wie viele einsatzbereite Züge gibt es derzeit bei der MVG?

Antwort der MVG:
Die für den zusätzlichen Bedarf erforderlichen Züge wurden beschafft bzw. sollen zusätzlich beschafft werden. Die MVG hat derzeit 68 Fahrzeuge der Serie R2, 20 Fahrzeuge der Serie R3 und 12 Fahrzeuge der Serie S1 im Einsatz.

Frage 3:
Plant die Stadt den Kauf gebrauchter Trambahnen für München und wenn ja, wie viele Straßenbahnen sollen beschafft werden?

Antwort:
Aufgrund der noch ungelösten Probleme mit dem Fahrzeugtyp Variobahn wurde davon Abstand genommen, den zusätzlichen Bedarf der kommenden Jahre von voraussichtlich 6-8 Zügen durch Einlösen der noch bestehenden Option zu decken. Deshalb sind Ersatzmaßnahmen erforderlich. Die Beschaffung gebrauchter Fahrzeuge ist eine Option neben anderen.

Frage 4:
Wo gibt es auf dem Markt derzeit gebrauchte Straßenbahnfahrzeuge, die in München einsetzbar sind und auch mit den „Spezialitäten" des Münchner Tramnetzes (Nymphenburger Kanalbrücke, Perusa-Maffeistraße usw.) technisch klar kommen und welche Fahrzeuge sind das?

Antwort der MVG:
Dies wird geprüft. Eine abschließende Aussage ist noch nicht möglich.

Frage 5:
Müssten auch Altfahrzeuge ggf. umgebaut werden und auch noch ein münchenspezifisches Zulassungsverfahren durchlaufen, bevor sie auf dem Liniennetz der MVG eingesetzt werden können?

Antwort der MVG:
In einzelnen Punkten müssten gebrauchte Fahrzeuge an die Münchner Bedingungen angepasst werden (z.B. Fahrkartenautomaten, Entwerter, Beschriftung der Zugzielanzeiger). Über die voraussichtliche Vorgehensweise zur Zulassung befinden sich SWM/MVG im Austausch mit der Aufsichtsbehörde. Vom Ausgang dieser Gespräche wird es auch abhängen, wie groß der Aufwand zur Anpassung der Fahrzeuge wäre und ob diese Vorgehensweise zeitlich und wirtschaftlich realisierbar ist.

Frage 6:
Nachdem der Kauf von Altfahrzeugen nur ein zeitlich begrenzter Notbehelf sein kann, denkt die MVG jetzt an die Beschaffung eines neuen Trambahntyps, nachdem die Vario-Bahnen sich nach Meinung der MVG als nicht tauglich erwiesen haben?

Antwort der MVG:
SWM/MVG entwickeln ein mittel- und langfristiges Beschaffungsprogramm im Sinne der Vorbemerkung. Welche Fahrzeugtypen das sein werden, wird erst später entschieden.

Frage 7:
Wenn ja, ist eine Ausschreibung geplant und welche auf dem Markt befindlichen und ausgereiften Straßenbahntypen könnten für München prinzipiell beschafft werden?

Antwort der MVG:
Die Beschaffung wird im Rahmen der EU-rechtlichen Vergabevorschriften erfolgen. Zur Frage der Fahrzeugtypen darf auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen werden.

Frage 8:
Gibt es Trambahnneufahrzeuge auf dem Markt, die ohne weitere aufwändige Einzelzulassungsverfahren eine generelle Zulassungsgenehmigung besitzen und wenn ja, um welche Fahrzeuge handelt es sich dabei?

Antwort der MVG:
Die Zulassungsmodalitäten müssen mangels allgemeingültiger Zulassungsvorschriften im Einzelfall mit der für den jeweiligen Verkehrsbetrieb zuständigen Aufsichtsbehörde vereinbart werden.

Frage 9:
Wird das Pflichtenheft für eine Neubeschaffung von Tramfahrzeugen ggf. überarbeitet bzw. abgespeckt, damit prinzipiell verfügbare Modelle schnell geliefert werden können?

Antwort der MVG:
Das Pflichtenheft wird erst nach Abschluss des Liefervertrags zwischen Fahrzeughersteller und Betreiber vereinbart. Das Lastenheft ist Teil der Ausschreibungsunterlagen. Dessen Inhalt wird durch verschiedenste Rahmenbedingungen definiert, u.a. durch die betrieblichen, technischen und kundenspezifischen Anforderungen. Sie können erst festgelegt werden, wenn der Zeitpunkt der Ausschreibung bekannt ist.

Frage 10:
Mit welchen Lieferfristen ist für ein neues, auch in München einsatzfähiges Modell zu rechnen?

Antwort der MVG:
Lieferfristen werden in der Regel vom Hersteller im Rahmen der Angebotsabgabe genannt. SWM/MVG können daher keine Aussagen dazu treffen.

Frage 11:
Warum wurden von der MVG in den letzten Jahren fast alle alten P-Züge abgestellt bzw. verkauft, obwohl eine schnelle Betriebszulassung für die Vario-Bahn nicht sicher war?

Antwort der MVG:
Zur Zulassung der Variobahnen verweist die MVG auf ihre Vorbemerkung. Da die P-Züge einerseits nicht mehr den heutigen Anforderungen an Barrierefreiheit entsprechen (Hochflur-Fahrzeuge) und andererseits deutlich erhöhte Instandhaltungsaufwendungen verursachen, waren und sind die SWM/MVG im Sinne der Ziele des Nahverkehrsplans, eines kundenfreundlichen Betriebs und einer wirtschaftlichen Unternehmensführung gehalten, diese Fahrzeuge so bald wie möglich außer Betrieb zu nehmen. An osteuropäische Betriebe wurden einzelne P-Züge zuletzt im Jahr 2004 abgegeben, also vor acht Jahren. Alle seinerzeit abgegebenen Altfahrzeuge waren und sind bereits durch die in den Jahren 2000-2002 erfolgte Beschaffung der Fahrzeuge vom Typ R 3.3 ersetzt worden, die erfolgreich im Einsatz sind. Es wurden keine Wagen abgegeben, die durch die Variobahnen zu ersetzen waren. Diese verbleibenden Altfahrzeuge werden we-

gen der aktuellen Probleme mit den Variobahnen noch länger betriebsfähig zu halten sein als ursprünglich geplant.

Frage 12:
Wäre eine weitere Vorhaltung von eigenen, älteren Fahrzeugen nicht wirtschaftlich günstiger gewesen, als jetzt der mögliche Kauf von Altfahrzeugen aus anderen Städten?

Antwort der MVG:
Im Vordergrund steht das Bestreben der MVG, für ihre Fahrgäste ein ausreichendes Fahrplanangebot zu realisieren. Sollte es zum Kauf von Gebrauchtfahrzeugen kommen, wären diese immerhin ggf. 1 - 2 Jahrzehnte jünger als die bereits zwischen 1998 - 2004 wegen ihres technischen Zustands abgegebenen Münchner Altfahrzeuge und daher weit eher einsatz- und erhaltungsfähig.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Freitag, 17. August 2012

Konzept für eine langfristige Sicherung und Durchführung von kostenlosen Kulturveranstaltungen für junge Leute im öffentlichen Raum und unter freiem Himmel
Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Costas Gianacacos, Christian Müller, Klaus Peter Rupp, Regina Salzmann, Irene Schmitt, Claudia Tausend und Birgit Volk (SPD)

Zweckentfremdung von Wohnraum – 2. Nachfrage
Anfrage Stadträte Hans Podiuk und Richard Quaas (CSU)

Lücken im Versicherungsschutz von Kindern in den Kitas der Stadt und der freien Träger?
Anfrage Stadtrat Marian Offman (CSU)

Wie lange dauern Einstellungsverfahren bei der Stadt München und den städtischen Gesellschaften und wie können diese beschleunigt werden?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Paul Bickelbacher, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich, Jutta Koller, Sabine Krieger, Sabine Nallinger, Dr. Florian Roth, Boris Schwartz, Dr. Florian Vogel (Bündnis 90/Die Grünen) und Stadtrat Thomas Niederbühl (Rosa Liste)

München ergreift die Initiative für die Unterzeichnung der UN-Konvention gegen Korruption
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Verena Dietl
Christian Müller
Costas Gianacacos
Klaus Peter Rupp
Regina Salzmann
Irene Schmitt
Claudia Tausend
Birgit Volk
Stadtratsmitglieder

München, den 17.08.2012

Konzept für eine langfristige Sicherung und Durchführung von kostenlosen Kulturveranstaltungen für junge Leute im öffentlichen Raum und unter freiem Himmel

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, ein Konzept zu erstellen, wie durch die rechtzeitige Bereitstellung ausreichender Mittel die Durchführung von jährlich stattfindenden kostenlosen Kulturveranstaltungen für junge Leute im öffentlichen Raum und unter freiem Himmel weiterhin gesichert werden kann. Dabei ist insbesondere auf die Schließung von Finanzierungslücken einzugehen und die Möglichkeiten eines nachhaltigen Sponsorings zu prüfen.

Begründung:

Kostenlose Kulturveranstaltungen für junge Leute im öffentlichen Raum und unter freiem Himmel, wie beispielsweise Musik-Festivals, leisten einen sehr wichtigen Beitrag zum jugendkulturellen Leben in der Stadt. Sie fördern den musikalischen Nachwuchs und stellen ein sehr attraktives Freizeitangebot in München dar. Da keine teuren Eintrittskarten gekauft werden müssen, wird so eine echte Teilhabe unabhängig finanzieller Ressourcen ermöglicht. Gerade ein jüngeres Publikum nimmt solche Veranstaltungen sehr gut an. Kürzungen in den Etats sollen nicht dazu führen, dass solche wichtigen Kulturveranstaltungen in ihrem Konzept und Programm gefährdet sind. Daher sollten etwaige – durch allgemeine Konsolidierungsvorgaben entstehenden - Finanzierungslücken seitens der Stadtverwaltung im Vorfeld geschlossen und gegebenenfalls durch Sponsoring refinanziert werden.
gez.

Verena Dietl
Christian Müller
Costas Gianacacos
Klaus Peter Rupp
Regina Salzmann
Irene Schmitt
Claudia Tausend
Birgit Volk
Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Hans Podiuk
Stadtrat Richard Quaas

ANFRAGE

17.08.2012

Zweckentfremdung von Wohnraum – 2. Nachfrage

In der Antwort auf die Stadtratsanfrage vom 04.06.2012 bestätigt die Sozialreferentin, dass es in städtischen Wohnungen zu Leerständen kam. Die Antworten werfen jedoch neue Nachfragen auf.

1. Es sei richtig, so die Referentin, dass in den Häusern Müllerstraße 4 und 6 bis 10 Wohnungen seit Jahren nicht mehr vermietet wurden.

   Dazu fragen wir:
   a) Wie viele Wohnungen befinden sich insgesamt in den Gebäuden?
   b) Wie lange steht jede der 10 Wohnungen schon leer?

2. Die Ursache des Leerstandes sei in der Klärung der Generalsanierung oder Neubebauung zu suchen.

   Dazu fragen wir:

   Seit wann untersucht und klärt die Stadt welche Pläne?

3. Genaue Informationen zu Leerständen in weiteren städtischen Anwesen könnten, so die Referentin weiter, nicht gemacht werden. Das Kommunalreferat könne keine Aussagen mehr treffen, da sämtliche Unterlagen im Zuge der Neuorganisation des Wohnungsbestandes an die städtischen Gesellschaften abgegeben wurden. Diese wiederum sehen sich auch nicht in der Lage, Auskünfte zu geben, da ihnen diese Informationen nicht vorliegen, wie sie in der Antwort ausdrücklich ausführen.

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, ww.csu-rathaus-muenchen.de

Dazu fragen wir:

a) Wo sind die entsprechenden Unterlagen abgeblieben, aus denen die Auskunft erteilt werden kann?
b) Da die Stadt nicht alle Wohnungen abgegeben hat: wie verhält es sich mit den Unterlagen und dem Leerstand bei den verbliebenen städtischen Wohnungen?

4. Bei der Übernahme von 1.450 städtischen Wohnungen in das Eigentum der Gewofag betrug die Leerstandsquote dieser städtischen Wohnungen 2,5 Prozent. Die Leerstandsquote der GWG beträgt 0,7, die der Gewofag 1,5 und die der Heimag 0,52 Prozent.

   Dazu fragen wir:

   Wie erklärt sich der im Vergleich zu den Gesellschaften hohe Leerstand in den ehemals städtischen Wohnungen?

Hans Podiuk, Stadtrat

Richard Quaas, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, ww.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Marian Offman

ANFRAGE

17.08.2012

Lücken im Versicherungsschutz von Kindern in den Kitas der Stadt und der freien Träger?

Wie am 17.7.2012 im Notizbuch auf BR 2 zu hören war, soll eine Erzieherin einer städtischen Einrichtung eine Mutter darauf hingewiesen haben, dass ihr Kind den Versicherungsschutz verliert, wenn es zu spät abgeholt wird. Minutengenaue Abholung sei versicherungsrechtlich zwingend.

Da stellen sich bei dieser Gelegenheit folgende Fragen:

1. Kann es tatsächlich sein, wie es in der erwähnten Sendung von einer Mutter berichtet wurde, dass ein verspätete Abholung Versicherungsleistungsausschluss für das Kind zur Folge hat? In den Einrichtungen der Stadt und der freien Träger?
2. Wenn ja, sieht die Verwaltung die Möglichkeit durch Neuverhandlung die Position der Eltern und der Kinder zu stärken.
3. In welchem Umfang und bei welcher/n Gesellschaft/en sind die Kinder in den Kitas versichert? Höhe der Versicherungssumme?
4. In welchem Turnus werden die Versicherungsabschlüsse auf Fortschreibung und Aktualisierung geprüft?

Marian Offman, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, den 17.08.2012

Anfrage

Wie lange dauern Einstellungsverfahren bei der Stadt München und den städtischen Gesellschaften und wie können diese beschleunigt werden?

Oftmals dauern Einstellungsverfahren bei der Stadt München lange und sind für die Bewerberinnen und Bewerber damit zeitlich schwer zu überblicken. Dies kann für die Stadt zum Nachteil werden, wenn andere, privatwirtschaftliche, Arbeitgeber ihre offenen Stellen schneller besetzen und so besser um qualifizierte Arbeitskräfte werben können. Auch für die Referate und für die Arbeit des ehrenamtlichen Stadtrates kann es schwierig sein, wenn nicht absehbar ist wann (neu geschaffene) Stellen besetzt werden und zu welchem konkreten Termin die eingestellte Person dann tatsächlich ihren Dienst für die Stadt antritt. Vor allem im Hinblick auf die Bewältigung wichtiger, akut werdender Aufgaben ist es von Bedeutung, dass die Stadt schnell agiert und handlungsfähig bleibt. Genau in solchen Situationen sind dann schnelle Stellenbesetzungsverfahren notwendig, um nicht zu viel Zeit vergehen zu lassen und mögliche Belastungen bzw. Überlastungen von Organisationseinheiten zu vermeiden.
Da das Personal- und Organisationsreferat (POR) sich nur für die Einstellungsverfahren bei der Stadt selbst zuständig zeigt, ist in diesem Hinblick auch der Blick auf die Verfahren der städtischen Gesellschaften notwendig um Unterschiede und mögliche Optimierungsmöglichkeiten zu erkennen.
Die gestellten Fragen unterteilen sich daher in einen Teil A (Verfahren direkt bei der Stadt und Verfahren in den Städtischen Gesellschaften) und einen Teil B (Situation bei der Stadt).

Wir fragen daher:

Teil A

1.a) Wie lange dauern Einstellungsverfahren bei der Stadt München im Durchschnitt? Es wird hierbei um eine differenzierte Darstellung gegliedert nach Referaten und nach Laufbahnen gebeten.

1.b) Wie lange dauern Einstellungsverfahren bei den städtischen Gesellschaften, die ihre Personalgewinnung selbstständig betreiben, im Durchschnitt? Es wird hierbei um eine differenzierte Darstellung nach den einzelnen Unternehmen und, sofern möglich, den verschiedenen Führungsebenen gebeten.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

2.a) Wie ist der genaue Verfahrensablauf ab dem Beschluss des Stadtrates zur Schaffung einer Stelle bis zur tatsächlichen Besetzung der Stelle? Inwieweit zeichnet hier das POR und inwieweit die jeweiligen Fachreferate verantwortlich für das Stellenbewertungs- und das Stellenbemessungsverfahren?

2.b) Wie sehen die Stellenbesetzungsverfahren in den städtischen Gesellschaften im Detail aus?

3.) Falls ein großer zeitlicher Unterschied zwischen der Dauer der Verfahren bei der Stadt und den städtischen Gesellschaften besteht, worin finden sich die Gründe hierfür?

4.) Wie steht die Landeshauptstadt München im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten bezüglich der Dauer von Stellenbesetzungen da?

5.) Welcher Teil der Stellenbesetzungsverfahren bei der Stadt und bei den städtischen Gesellschaften wird durch Bundes- oder Landesgesetze bzw. durch tarifvertragliche Bestimmungen vorgegeben und welcher Teil beruht auf internen Regelungen der Stadt München?

6.) Wurden die Einstellungs- und Stellenbesetzungsverfahren bei der Stadt und den städtischen Gesellschaften in den letzten 10 Jahren untersucht und wenn ja, mit welchem Ergebnissen?

Teil B

7.) Inwieweit ist die Stadt mit der Länge von Stellenbesetzungsverfahren, vor allem bei Führungskräften und Mangelberufen (z.B. Ärzte, IT-Fachkräfte, Ingenieure etc.), konkurrenzfähig im Vergleich zur freien Wirtschaft? Mit der Bitte um Stellungnahme der, von diesen Mangelberufen besonders betroffenen, Fachreferate.

8.) Sind dem POR Fälle bekannt geworden, in denen Bewerberinnen bzw. Bewerber, vor allem im Bereich von Führungskräften und Mangelberufen (z.B. Ärzte, IT-Fachkräfte, Ingenieure etc.), aufgrund der zu langen Dauer des Verfahrens ihre Bewerbung zurückgezogen haben bzw. nicht mehr als zur Verfügung standen und wenn ja, welche Referate waren/sind davon betroffen?

Initiative:

Lydia Dietrich
Paul Bickelbacher
Jutta Koller
Sabine Nallinger
Dr. Florian Roth
Dr. Florian Vogel
Siegfried Benker
Gülseren Demirel
Sabine Krieger
Thomas Niederbühl
Boris Schwartz

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
17.08.2012

München ergreift die Initiative für die Unterzeichnung der UN-Konvention gegen Korruption

Ich beantrage:

1. Der Stadtrat möge beschließen: Der Oberbürgermeister wirbt im Rahmen des Deutschen Städtetages für eine Aufforderung an den Bundestag, endlich die Unterzeichnung der UN-Konvention gegen Korruption durch die Bundesrepublik Deutschland zu beschließen.

2. Dem Stadtrat werden Verlauf und Erfolg der Initiative des OB dargestellt.

Begründung:

Die Bundesrepublik Deutschland erfüllt bei der Bestrafung von Abgeordneten-bestechung bislang nicht einmal international übliche Mindeststandards. Das ist zwar seit langem bekannt, das Gros der Bundestagsabgeordneten sieht aber bis heute keinen Handlungsbedarf – eine einschlägige Gesetzesänderung wird im Bundestag seit langem erfolgreich blockiert. In der Folge kann Deutschland seit Jahren auch nicht die UN-Konvention gegen Korruption umsetzen, die von der Bundesrepublik bis heute nicht ratifiziert wurde. Zu Recht weisen Kritiker darauf hin, daß sich Deutschland mit dieser Position in durchaus zweifelhafter Gesellschaft befindet – etwa in derjenigen Saudi-Arabiens, Nordkoreas und des Sudan –, während weltweit 161 Staaten das Abkommen inzwischen unterzeichnet haben.

Bereits 2008 mahnte ein internes Rechtsgutachten des Bundestages die Verschärfung der bundesdeutschen Anti-Korruptions-Gesetzgebung an. Die derzeit geltenden deutschen Bestimmungen, heißt es in dem Gutachten unter anderem, seien ein „Placebo-Gesetz“ mit „Alibi-Charakter“; im Gegensatz zu Beamten oder Richtern hätten Abgeordnete im Fall von Bestechung, Vorteilsnahme oder -gewährung in der Bundesrepublik so gut wie nichts zu befürchten (nach: http://blog.abgeordnetenwatch.de/2012/08/16/internes-bundestagsgutachten-empfiehlt-scharferes-gesetz-gegen-abgeordnetenbestechung/).

b.w.

Sowohl diese Gesetzeslage als auch die geradezu demonstrative Untätigkeit einer breiten Mehrheit der Bundestagsabgeordneten ist schwer erträglich.

Die Stadt München, die sich auf ihre eigenen Bemühungen im Bereich der Korruptionsbekämpfung und -prävention viel zugutehält, könnte hier auch auf Bundesebene einen deutlichen Akzent setzen, indem sie, vertreten durch den Oberbürgermeister, zunächst im Deutschen Städtetag die Initiative ergriffe, um in weiterer Folge auch auf den Bundestag mit dem Ziel einzuwirken, endlich die Unterzeichnung der UN-Konvention gegen Korruption durch die Bundesrepublik zu beschließen und die überfällige Verschärfung der bundesdeutschen Anti-Korruptions-Gesetzgebung auf den Weg zu bringen.

Eine gleichlautende Aufforderung an den Bundestag erging auf Initiative der Internationalen Handelskammer (ICC) Deutschland erst vor wenigen Wochen vonseiten der Chefs von 36 deutschen Konzernen, die durch die Untätigkeit des Bundestages den Ruf der deutschen Unternehmen im Ausland gefährdet sehen. Die Stadt München befände sich mithin in guter Gesellschaft und könnte das Gewicht *der* deutschen Wirtschaftsmetropole für das berechtigte Anliegen einer verschärften Anti-Korruptions-Gesetzgebung in die Waagschale werfen.

Während sich die LHM ansonsten mitunter in eher zweifelhaften Zusammenhängen eine „Vorbildfunktion“ zumißt – etwa wenn es um die demonstrative Förderung der ukrainischen Schwulenszene geht –, könnte der Münchner OB hier auf ernsthaftem Terrain punkten und dazu beitragen, daß auch in Deutschland in absehbarer Zeit die international gültigen Standards in Sachen Politiker-Korruption Gültigkeit besitzen – ein zweifelsohne gewichtigeres Anliegen.

Karl Richter
Stadtrat